

# ›Was alle angeht, können nur alle lösen‹ – Über die weltweite Anwendung des Kritischen Rationalismus in Wiki-Projekten

## Hans Albert zum 85. Geburtstag

---

### 1. Einleitung und Zusammenfassung

Im Internet wurde in den letzten Jahren das Problem gelöst, das Wissen unserer Zeit nicht nur schnell zu verbreiten, sondern dieses Wissen auch immer umfassender und zuverlässiger zu referieren. Die Struktur der dabei angewendeten Verbesserungsprozesse entspricht dem berühmten Popperschen Schema des Wissenswachstums: Ausgangsproblem → Lösungsvorschläge → Fehlerbeseitigung → verbesserte Problemsituation → beliebig häufige Wiederholung des Zyklus. Neu ist die Beteiligung sehr vieler Menschen, wodurch eine extrem hohe Verbesserungsgeschwindigkeit erreicht wird. Diese Verbesserungsprozesse stützen sich auf drei technische, leicht zugängliche Mittel: die *GNU Free Documentation Licence*, Programme wie *MediaWiki* und das *Internet*. Unzählige Fachleute und Laien rund um die Welt sind damit in die Lage gesetzt, am gleichen Projekt zu arbeiten. So entstand innerhalb der letzten vier Jahre als erstes völlig offenes System die größte Enzyklopädie der Welt, die inzwischen die Qualität der *Encyclopedia Britannica* erreicht hat und sie an Quantität schon um das Zehnfache übertrifft. Nun geht es darum, das Potential an weltweit verstreuter Intelligenz durch einen Satz objektivitätssichernder Regeln für komplexere Aufgaben nutzbar zu machen. Infrage kommen Probleme, die uns alle angehen, weil sie in unser tägliches Leben eingreifen; insbesondere solche, deren Lösungen sich als weitgehend verbesserungsresistent erwie-

sen haben, weil die entsprechenden Korrekturprozesse hoch ritualisiert und auf bestimmte Personenkreise beschränkt waren. Kandidaten sind zum Beispiel die Menschenrechte, die Charta der Vereinten Nationen und die Europäische Verfassung.

### 2. Lernende Systeme

Das ›Internet‹, die weltweite Kommunikation mit Hilfe elektronischer Medien, hat sich seit 1984 geradezu explosionsartig verbreitet und ist fast überall in der Welt zu einem festen Bestandteil des alltäglichen Lebens geworden. Unzähligen Diskussionsgruppen erlaubte es, ihr Wissen auf den neuesten Stand zu bringen und weltweit zu verbreiten. Wenn aber Meinungen, Wertungen und politische Vorschläge eine Rolle spielten, gestalteten sich die Diskussionen oft recht turbulent und viele Teilnehmer gewannen den enttäuschenden Eindruck, dass das Wissen und Können von Tausenden intelligenter Beteiligter in solchen Fällen nicht zu praktisch verwertbaren Ergebnissen führte, die über die Intelligenz der vielen Einzelnen hinausgingen.

Ein Beispiel für unzählige andere sind die exzessiven und sehr engagierten Diskussionen über Norbert Hoersters Vorschläge zur gesetzlichen Regelung der Abtreibungspraxis, zum Embryonenschutz oder zum Begriff der Menschenwürde, von denen allein die in der Diskussionsgruppe ›PhilWeb‹<sup>1</sup> geführten ein ganzes Buch füllen würden, praktisch aber keinen weiteren Nutzen brachten. Sie brachten kei-

nen Nutzen, weil die Diskussionen in einem mehr oder minder chaotischen Meinungsaustausch endeten und nicht von Regeln gelenkt wurden, die zur Gewinnung eines Ergebnisses hätten führen können.

Unter dem Titel *Lernende Systeme* hatte ich 1998 einen Vorschlag gemacht, die Diskussionen mittels einer Art Verfassung in Bahnen zu lenken, die zu bleibendem Nutzen führen könnten. Der Rest des Abschnitts ist ein leicht korrigiertes Zitat aus jenem Internetartikel<sup>2</sup>, der bei *google*, dem einschlägigen Suchsystem für Internetseiten, einen hohen Relevanzwert erreicht hat<sup>3</sup>.

»Gemeinsam kann unsere Intelligenz unglaublich viel größer sein als die eines einzelnen, sogar als die eines genialen Menschen<sup>4</sup> und diese Möglichkeit dürfen wir uns nicht durch chaotisches Produzieren und Wiedervergessen zerstören lassen. Das Web ist nicht nur ein Mittel, Ideen zu produzieren, es kann auch unklare Probleme in deutlich erkennbare Probleme verwandeln und es kann Lösungen finden, auf die kein einzelner je gekommen wäre. Aber wie beim Brainstorming gibt es zwei Nachteile:

(a) hier geäußerte unhaltbare und längst aufgegebene Gedanken können uns in Forschungsberichten oder anderweitig in unliebsamer Weise nachgetragen werden; (b) manche/r wird kluge Ideen nicht einbringen wollen, weil ihr/sein Urheberrecht unkenntlich wird und gewissermaßen über viele Personen verteilt, also anonymisiert wird.

Ohne das ganze Web auf Regeln einzuschwören, was nicht möglich ist, kann jeder selbst diesen Nachteilen abhelfen. Er/sie braucht nur die innere Einstellung etwas neu zu justieren:

Zu (a): Es muss uns egal sein, dass es Leute gibt, die nicht an Problemlösungen interessiert sind; es wird immer Störer geben, über die wir Problemlöser einfach hinweggehen sollten.

Zu (b) frei nach Gustav Mahler: Es kommt nicht darauf an, wer etwas Gutes beiträgt, Hauptsache es wird beigetragen. Mein Ideal wäre, dass man es bei wichtigen Problemen aufgeben sollte, sich als Urheber einzubringen. Das mag lebensfremd klingen, aber es gibt im Web überraschenderweise viele Teilnehmer, die ohne Urheberstempelchen arbeiten und Informationen und Beiträge liefern, ohne dafür irgendeine Anerkennung zu erwarten. Es gibt offenbar Leute, die Spaß daran haben, dass sich etwas bewegt und dass es sich in die richtige Richtung bewegt.

Eine Schwierigkeit sehe ich ganz woanders: Wenn das Web mehr bringen soll als nur persönliche Anregung, wenn man tatsächlich einmal versuchen möchte, ein bisher unlösbares Problem zu lösen, dann ist außer Teilnahme möglichst vieler aus möglichst vielen Disziplinen und Lebensbereichen (*Partizipation*), außer freier Äußerung von Ideen und Alternativen (*Konkurrenz*), außer Auswahl der besseren Ideen (*Kritik*) auch noch Festhalten des bisher Erreichten (*Tradition*) nötig.

(Nota bene: Solche Dinge aus Partizipation, Konkurrenz, Kritik und Tradition heißen *lernende Systeme*. Funktionierende Beispiele für lernende Systeme, deren Intelligenz die genialer Einzelmenschen weit übersteigt, sind die Wissenschaft, die Demokratie, die Wirtschaft, aber auch ein Gesetzbuch, ein Fotoapparat, ein Auto.)

Am letzteren, an *Konservierung und Tradition*, mangelt es zur Zeit. Es gibt viele interessante Diskussionen im Web, aber alles verpufft im leeren Raum. Soweit ich

an dergleichen teilnahm, gab es keine institutionalisierten Zusammenfassungen, welche die Weiterentwicklung eines bestimmten Problems kurz nachzeichneten und die jeweils bisher erreichten besten Lösungsversuche dokumentierten. Nur wenn das gegeben ist, können Gedanken in vernünftiger Weise wie ein Strickstrumpf von vielen gestrickt werden.«

#### **4. Das Wissen Vieler konzentriert, potenziert und tradiert**

Mit dem neuen, gerade dafür gut geeigneten Medium entstanden ähnliche Ideen überall. Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde das System dann ganz offen: Jeder konnte sich beteiligen. Ausgearbeitet und realisiert wurde es zuerst in der Internet-Enzyklopädie *Wikipedia*. Sie realisierte das ganz wesentliche Element, dass jeder Beteiligte auf fast alle seine Urheberrechte verzichtete. Denn ein einmal gemachter Vorschlag ist sofort Besitz aller und kann nicht wieder zurückgezogen werden. Jeder kann in diesem Text etwas hinzufügen, wegstreichen oder verändern, solange damit eine Verbesserung erreicht wird. Der Autor kann nur noch in der Versionsgeschichte seinen Platz neben anderen Bearbeitern beanspruchen.

An dieser Enzyklopädie kann jeder mitarbeiten. Wer gerade auf dem Bildschirm online in diesem Lexikon liest und einen Fehler entdeckt, etwas besser weiß oder den Text besser formulieren kann, tippt seine Änderungen in die vorhandene Version. Sobald er das Feld zum Speichern antippt, wird diese Version weltweit sichtbar. Für noch nicht vorhandene Stichwörter kann, wer will, einen neuen Artikel verfassen.

Wer das heutige Ergebnis nicht kennt, hätte glauben können, dass diese Metho-

de zu einem unübersehbaren Chaos führen würde. Aber das war nicht der Fall, dank einiger weniger Regeln, die jedem Newcomer ans Herz gelegt werden. Das sind vier naheliegende Regeln: Man schreibe nur das, was in eine Enzyklopädie gehört. Die Mitarbeiter sollen einen neutralen Standpunkt einnehmen. Das geltende Recht ist zu beachten, insbesondere das Urheberrecht. Alle Benutzer und Mitarbeiter sollen sich gegenseitig respektieren und Umgangsformen pflegen, die der gemeinsamen Arbeit dienen.<sup>5</sup>

Die Beachtung dieser wenigen Regeln wird von einer großen Zahl aufmerksamer freiwilliger Mitarbeiter kontrolliert. Unpassende oder unzulängliche Texte haben daher keine Chance, dauerhaft in diesem Werk zu verbleiben.

Dass auf diese Weise das Wissen vieler Mitarbeiter gesammelt und verbessert werden kann, ist klar. Aber nicht nur das ist möglich. Projekte wie die *Wikipedia potenzieren* das Wissen, weil durch ständiges Verbessern und paralleles Diskutieren (zu jedem Eintrag existiert eine Diskussionsplattform) neue Ideen ins Spiel kommen, zum Beispiel darüber, welche Informationen man auswählt, welche man weglässt, wie man die Darstellung klarer machen und vereinfachen kann. Es entstehen zum Teil Artikel, die keinem Beteiligten zu Beginn eines Artikels in gleicher Weise gelungen wären. Dieser kreative Aspekt dürfte in vollem Maße allerdings erst bei den unten vorgeschlagenen problemlösenden Projekten sichtbar werden.

So ist die 2001 begonnene *Wikipedia*<sup>6</sup> sehr schnell zum weltgrößten Nachschlagewerk herangewachsen. Sie bietet in 200 Sprachen Auskünfte über rund 3.7 Millionen Stichwörter. Zur Zeit erscheinen allein in der englischen Version jeden Tag

noch rund 1500 neue Artikel. An der englischen Ausgabe arbeiten ungefähr 45000 Menschen mit: freiwillig, unbezahlt, auf ihr Copyright fast vollständig verzichtend, zufrieden mit der Nennung ihres Namens in der Versionsgeschichte.<sup>7</sup>

Die Qualität der Artikel wurde mehrfach getestet, im Dezember 2005 von *Nature*, einer der angesehensten Fachzeitschriften der Welt, deren Experten der Wikipedia bescheinigen, dass ihre wissenschaftlichen Artikel mit denen der berühmten *Encyclopedia Britannica* vergleichbar sind<sup>8</sup>.

### 5. Der Popper-Wheeler-Traum wird wahr

Bei dieser enzyklopädischen Arbeit wird eine Methode angewendet, die, ohne dass sich jemand ausdrücklich darauf bezogen hätte, genau Poppers berühmtem Schema für das evolutionäre Wachstum von Wissen entspricht<sup>9</sup>

$$P_1 \rightarrow VL \rightarrow FB \rightarrow P_2.$$

Diese Formel bedeutet: Man arbeitet an einem interessanten Problem  $P_1$  und schlägt versuchsweise verschiedene Lösungen  $VL$  vor, setzt sie der Kritik und Fehlerbereinigung  $FB$  aus und gelangt zu einem Resultat, das als neue verbesserte Problemlage  $P_2$  bezeichnet werden kann. Der Prozess kann beliebig oft wiederholt und dabei in jeder neuen Runde verbessert werden.

Er ist unendlich oft wiederholbar, weil es nichts gibt, das nicht verbessert werden könnte, von einigen wenigen Kunstwerken abgesehen. Überall können noch Fehler entdeckt und bessere Alternativen ins Spiel gebracht werden. Die ersten Lösungen sind selten die besten. Alles, was wir tun können, ist daher, unsere Fehler so schnell wie möglich zu machen (John Wheeler<sup>10</sup>).

Genau das ist es, was mit Wiki-Projekten erreicht werden kann: eine sehr schnelle Verbesserung des Systems dadurch, dass in kurzer Zeit sehr viele alternative Lösungsvorschläge eingebracht werden und viele kritische Fehlersucher für wiederholte Verbesserungszyklen sorgen. Das dem Hawaiischen entlehnte Wort ›wiki wiki‹ bedeutet denn auch ›schnell‹.

Sicherlich dachte Popper bei ›Problemen‹ nicht speziell an lexikalische Eintragungen, aber auch nicht nur an Forschungsprobleme, sondern er sah es so wie in einem seiner Buchtitel ausgedrückt: *Alles Leben ist Problemlösen*<sup>11</sup>. Sein Schema gilt insbesondere für das Wachstum von Wissen, und zwar Wachstum im Sinne von immer *mehr* und immer *besserem* Wissen. Die Probleme, auf die sein Schema in der Wikipedia angewendet wird, sind: (1) alles wichtige Wissen unserer Zeit, soweit es an einzelne Stichwörter geknüpft werden kann, ausfindig zu machen; (2) dieses Wissen immer auf dem aktuellen Stand zu halten; (3) es für jedermann und überall verfügbar zu machen; (4) eine klare und prägnante Darstellung zu erreichen.

Das sind für ein elektronisches Medium wie Wikipedia leicht zu bewältigende Probleme. Es bereitet keine besonderen Schwierigkeiten, fast beliebig viele Artikel aufzunehmen, sogar relativ unwichtige, wie solche über zweitrangige, aber immer noch hervorragende Schauspieler oder Schriftsteller, die herkömmliche Nachschlagewerke aus Platzgründen nicht aufführen würden. Es gibt also kein Problem mit wachsender Größe, wie die berühmte französische *Encyclopédie* Diderots und d'Alemberts sie hatte: Ihre Nachfolgeausgabe (*Encyclopédie méthodique*) war bis 1832 auf 166 Bände angewachsen<sup>12</sup>. Sie war entsprechend unhandlich und teuer

und konnte nur an relativ wenigen Orten zur Verfügung stehen. Bei einem elektronischen Medium ist die Aktualisierung kein ernsthaftes Problem; ohne weiteres ist eine tägliche Neuauflage machbar. Und die kostenlose Benutzung ist weltweit gesichert, wo immer Telephonie möglich ist und nicht von autoritären Systemen kontrolliert wird.

Die bleibenden Probleme, die den Popperschen Wachstumszyklus in Bewegung halten, sind die ständige Aktualisierung, die ständige Fehlerbeseitigung und die ständige Verbesserung der Darstellung im Hinblick auf den Kompromiss zwischen Kürze und Informationsgehalt.

## **6. Rückkehr zu Wahrheit, Klarheit, Realismus, Objektivität und Vernunft**

Trotz dieser ständigen Weiterarbeit an jedem Artikel stellt sich gewöhnlich nach einiger Zeit eine gewisse Stabilität der Ergebnisse ein. Sie ist ein beredtes Zeugnis für den Realismus und Objektivismus. Diese Ideen wie auch Wahrheit und Vernunft erfreuen sich nun wieder großer Wertschätzung, ohne dass dabei namentlich auf Vertreter bestimmter philosophischer Richtung zurückgegriffen wird. Auch das Ideal einer prägnanten, klaren Sprache wird neuerdings von einer großen internationalen Avantgarde wieder geschätzt<sup>13</sup>.

1961 hatte Karl Popper in einem Anhang zu seiner *Offenen Gesellschaft* den ›Relativismus‹ als die geistige Hauptkrankheit unserer Zeit gegeißelt und damit die Ansicht, dass es *die* Realität nicht gebe oder eine für alle Menschen und alle Zeiten richtige Darstellung prinzipiell unmöglich sei. Alles Wissen wurde als kultur- und zeitabhängig verstanden und das Bemühen um eine objektive Darstellung der

Wirklichkeit als veraltetes Denken diffamiert<sup>14</sup>.

Tatsächlich sieht die Darstellung der Wirklichkeit in den Eintragungen des Brockhaus von 1820 anders aus als die in einem Lexikon von heute. Aber *dieser* Relativismus ist harmlos, er schränkt die prinzipielle Verstehbarkeit der Welt nicht ein. Vielmehr rührt er von mangelndem Wissen her, von unseren Fehlern und von dem vielen Neuem, das ständig gefunden und erfunden wird. Diese Situation hatte Popper keineswegs geleugnet, sondern als die *Ausgangsposition* alles Denkens angesehen und als den Grund dafür, immer weiter nach besserem und möglichst wahren Wissen zu suchen. Jeder, der ahnt, dass man in Nachschlagewerken, die dem heutigen *Brockhaus* oder der *Encyclopaedia Britannica* entsprechen, in tausend Jahren etwas anderes lesen wird als heute, aber der auch ahnt, dass vieles die Zeiten überdauern wird (nur weiß niemand im Voraus, was das sein wird), der teilt Poppers Vorstellung, dass das heutige Wissen in diesem Sinne nichts als *Vermutungswissen* ist<sup>15</sup>.

Diese Haltung ist kein Relativismus, sondern verträgt sich sehr gut mit einer realistischen und objektiven Einstellung. Realisten nehmen an, dass vieles von dem, was wir heute wissen, wahr sein kann und auch in tausend Jahren noch so gelten wird wie heute: etwa die Vorstellung, dass die Erde mehr einer Kugel gleicht als einer Scheibe.

Enzyklopädisten und Wikipedia-Mitarbeiter sind Realisten, die das Wissen unserer Zeit gewissermaßen wie eine Landschaft vor sich liegen sehen. Die wollen sie beschreiben, und natürlich kann jeder nur einen sehr kleinen Ausschnitt behandeln. Diese Landschaft ist unabhängig von dem,

was die Autoren wünschen oder welchen Ausschnitt sie gerade betrachten. Ihre Darstellung kann von jedem anderen geprüft werden, weil nicht nur ihre Beschreibungen existieren, sondern auch die wirkliche ›Landschaft‹ als Prüfstein der richtigen Darstellung: Sie sind Realisten.

Darstellungen können also richtig oder falsch sein. Wikipedia-Mitarbeiter sind in diesem Sinne Objektivisten: Sie glauben daran, dass es die richtige Darstellung der Wirklichkeit gibt, eine von allen nachprüfbar und daher ›intersubjektiv nachprüfbar‹ oder ›objektiv‹ genannte Darstellung der Wirklichkeit. Nur eine solche Darstellung hat Chancen, von anderen Menschen in ganz anderen Teilen der Welt und zu viel späteren Zeiten noch als richtig akzeptiert zu werden. Die richtige Darstellung der Wirklichkeit ist das sinnvolle Ziel eines jeden Artikels, selbst wenn diese erst in tausend Jahren erreichbar wäre.

Realismus und Objektivität sind die Voraussetzungen für eine adäquate Darstellung des Wissens über unsere Welt. Umgekehrt stützt aber auch das Gelingen dieses Projekts den Realismus und Objektivismus. Denn dass bei einer Enzyklopädie wie Wikipedia die Korrekturen vieler weltweit verstreuter Mitarbeiter kein Chaos erzeugen, sondern zu einer immer besseren Darstellung hin konvergieren, spricht für den Realismus und die Möglichkeit von Objektivität.

Das Bemühen um Objektivität ist wichtig, aber nicht einfach zu realisieren, wenn das dargestellte Wissen mit Wertungen und Entscheidungen verbunden ist. Der breiten Darstellung der Urknalltheorie scheint eine Entscheidung für das wissenschaftliche Weltbild und gegen das theologische vorangegangen zu sein. Das muss aber keine Parteinahme sein; denn man kann

objektiv feststellen, was das heute allgemein anerkannte Wissen ist und was in einem der Objektivität und dem Realismus verpflichteten Lexikon deshalb den größeren Raum verdient. Dass es eine Alternative oder Minderheitenmeinung gibt, ist ebenso eine Tatsache, die in angemessenem Umfang *als solche* dargestellt werden muss<sup>16</sup>.

Realismus und Objektivität werden in den Wikipedia-Richtlinien unter der Abkürzung NPOV für ›neutral point of view‹ von jedem Mitarbeiter gefordert<sup>17</sup>. Sie werden uns unten noch beschäftigen, wenn es um die Ausweitung der Methode auf Arbeitsgebiete geht, die über die lexikalische Darstellung der Welt hinausgehen. Auch das Wort ›vernünftig‹ taucht öfter auf<sup>18</sup>, als es bisher in avantgardistischen Kreisen üblich war. Nach all den Jahren der Sprachverdunkelung<sup>19</sup> scheint auch Poppers Traum einer Literatur, die sich ausdrücklich um *Klar-Schreiben* bemüht, in Erfüllung zu gehen.

Den Zusammenhang zum Kritischen Rationalismus von Karl Popper und Hans Albert stelle ich hier vor allem deshalb her, weil die interkulturelle, weltweite Zusammenarbeit nur gelingen kann, wenn sich alle Beteiligten an den typischen Forschungsobjekten dieser Richtung orientieren: an Realismus, Wahrheit, Klarheit, Objektivität, Vernunft und Verbesserungsfähigkeit (alias ›Fortschritt‹).

Vielleicht wäre es besser, den Kritischen Rationalismus nicht ins Spiel zu bringen, um nicht auf Abwehr zu stoßen; denn die ganze Richtung ist zur Zeit nicht in Mode. Selbst bei Poppers Schülern erzeugt der ›kritik-empfindliche‹ ewige ›Rechthaber‹ eine Art Dyspepsie: Was soll man denn noch forschen, wenn dieser schon immer alles vorweggenommen hat? Das schafft

Unmut. Bei seinen vielen Gegnern ist er wiederum aus anderen Gründen nicht so beliebt, und die bisherige Avantgarde hatte die Reizvokabeln Wahrheit, Objektivität und Vernunft schon vollkommen aus ihrem Vokabular verbannt.

Aber so sehr auch Dinge wie Realismus, Wahrheit, Klarheit, Objektivität, Vernunft und Verbesserungsfähigkeit (alias ›Fortschritt‹) bei der heutigen Internet-Avantgarde wieder anerkannt sein mögen, werden doch bald wieder Philosophen, Wissenschaftler und Dichter auftreten, die diese Werte mit blendender Rhetorik in Frage stellen und damit die vernünftige Zusammenarbeit torpedieren. Sie werden ähnliche Erfolge haben wie einst Paul Feyerabend, Thomas S. Kuhn und Richard Rorty mit ihren glänzenden Schriften. Auch in den Diskussionen, die jede einzelne Wiki-Projekt-Seite kommentieren und in denen hart um Details in den veröffentlichten Texten gestritten wird, werden Methodendiskussionen immer wieder aufflammen. Um die neuen Werte zu verteidigen, werden daher auch die, die ungern an Popper anknüpfen wollen, nicht umhin kommen, über seinen Schatten zu springen und sich mit den Vorarbeiten zu befassen, die diese Schule seit vielen Jahrzehnten geleistet hat.

Kritische Rationalisten wie Karl Popper und Hans Albert haben sich intensiv und detailliert mit dem Problem auseinandergesetzt, wie die genannten Werte diskutiert, verbreitet und gegen Relativisten und Irrationalisten verteidigt werden können. Die Bewahrung der Objektivität oder des ›neutralen Standpunkts‹ wird äußerst wichtig, für viele Menschen geradezu lebenswichtig, wenn es demnächst um die objektive Bearbeitung politischer Probleme geht, die mit Wertungen und Entschei-

dungen verbunden sind. Werte können in der einen Kultur tief verwurzelt und in der anderen belanglos sein; politische Entscheidungen können das Leben vieler einschneidend beeinträchtigen und das von anderen unberührt lassen. Die kritisch-rationalen Methoden erlauben es, auch bei heftig umstrittenen politischen Problemen herauszufinden, welche die objektiv besten Lösungen sind.

## **7. Enzyklopädische Wahrheit und Objektivität**

Wie Objektivität möglich ist, soll zunächst am einfachsten Fall eines lernenden Systems diskutiert werden, und das ist die Enzyklopädie Wikipedia, bei der es lediglich um die richtige Darstellung des heutigen Wissens geht.

»Sie soll einmal eine Enzyklopädie werden, in der das gesamte Wissen der Welt versammelt und allgemein verständlich erklärt wird.«<sup>20</sup> Das ist kein Größenwahn. Schon die heutigen Speichermedien lassen zu, alles, was je geschrieben worden ist, systematisch zu dokumentieren. Trotzdem: Einfaches Sammeln ist die Aufgabe einer Enzyklopädie nicht. Es taucht zunächst die nichttriviale Frage auf, was als Wissen zählen soll, das würdig ist, dokumentiert zu werden. Darauf darf man nicht antworten: Wissen ist das, was in Lehrbüchern und in anderen Enzyklopädien steht. Zwar kann man von anderswo abschreiben, falls das Urheberrecht nicht verletzt wird, aber die Frage, wie man eine bestimmte Auswahl rechtfertigt, wird nicht gelöst.

Das ist das eine Problem. Das andere ist, dass eine Enzyklopädie keine *unbewegte* Wissenslandschaft beschreibt. Wissen veraltet, und ständig kommt neues Wissen hinzu. Landschaften, die sie beschreiben

will, versinken gewissermaßen vor ihren Augen und neue tauchen auf.

Es gibt noch ein drittes Problem, das Licht auf die beiden anderen Probleme wirft. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob ein Reallexikon Auskunft auf Fragen der Art gibt: ›Was ist eine Quarzuhr?‹, ›Was ist ein Urknall?‹ oder ›Was ist ein iPod?‹. Doch das ist *nicht* die Aufgabe eines Nachschlagewerks. Das Folgende mag zwar auf den ersten Blick wie eine typische philosophische Haarspalterei aussehen, wird sich aber als äußerst wichtig erweisen, wenn man die Fragen beantworten will: ›Wie wahrheitsgetreu und objektiv kann eine Enzyklopädie sein?‹ und ›Worauf müssen ihre Mitarbeiter achten, wenn sie objektive Artikel schreiben wollen?‹

Die Wirklichkeit, die der Enzyklopädist darzustellen versucht, ist nicht die physische Welt von Stühlen, Tischen, Uhren oder iPods, mit der wir es im Alltag zu tun haben, und auch nicht die Welt, die Wissenschaftler untersuchen, sondern seine Wirklichkeit sind die *schriftlichen Ergebnisse* der Wissenschaften und das, was Bücher und Journale oder auch unser Alltagsverstand über die Welt und seine Bewohner wissen. Seine Wirklichkeit ist die überwiegend schriftlich vorliegende *Welt des Wissens*.

Es geht also zum Beispiel nicht darum, unter dem Stichwort ›Urknall‹ eine *objektive Theorie* der Weltentstehung zu liefern, sondern einen *objektiven Bericht* über das, was heute in der Wissenschaft als Standardmodell der Weltentstehung *gilt*. Der Enzyklopädist erforscht und stellt dar, was heute das allgemein anerkannte Wissen ist, also was *geltendes* Wissen ist. Er prüft nicht, ob es *gültiges* Wissen ist. Das ist die Aufgabe des Wissenschaftlers, der mit

Experimenten und Argumenten der Wahrheit näherzukommen versucht. Das Ziel eines jeden Artikels ist die richtige Darstellung der Welt des Wissens.

Wenn man sich die Artikel und zugehörigen Diskussionen der Wikipedia anschaut, fällt auf, wie leicht Autoren ihre eigenen Ansichten in dem Text veröffentlicht sehen möchten, statt, wie es richtig wäre, diese Ansicht in einer wissenschaftlichen Zeitschrift zu veröffentlichen und dann abzuwarten, bis andere über ihre Ergebnisse berichten. Manchen Mitarbeitern scheint dieser Sprung aus der Objektebene in die Metaebene nicht leicht zu gelingen. Folgende Vorstellung hilft vielleicht weiter: Der Reporter eines Boxkampfes sollte niemals selber mitboxen! Und den Boxern sei empfohlen, im Namen der Objektivität solche Reporter, so sanft wie möglich und so schnell es geht, aus dem Ring zu befördern.

Wissenschaftler sind nicht die einzigen, die Wissen produzieren. Auch über Wissen aus anderen Quellen kann man objektiv berichten, obgleich es kein sicheres Wissen ist; denn Wissen hat, wie gesagt, immer den Charakter von Vermutungswissen. In weiten Teilen der USA wird heute die biblische Darstellung der Weltentstehung und der Menschwerdung der Urknall- und der Darwintheorie vorgezogen. Dass dieses Wissen dort Geltung hat, ist eine Tatsache, und keine politisch unbedeutende. Über diese Tatsache muss eine Enzyklopädie berichten. Aber in welchem Maß muss sie das tun?

Was soll als ›Wissen‹ gelten? Nur das Wissen, das sich in Prüfungen und Diskussionen so *›bewährt‹*<sup>21</sup> hat, dass es in Lehrbücher und Lexika Eingang findet. Hier kann es leicht zu einer Paradoxie kommen: Eine Enzyklopädie stellt dar,



was geltendes Wissen ist. Geltendes Wissen ist das, was in Enzyklopädien referiert wird.

Dieses enzyklopädische Paradox kann man vermeiden. Die letzte Autorität darf nicht das Nachschlagewerk selber sein, sondern die Quelle, die es angibt. Der Leser muss im Zweifelsfall die Quellen hinsichtlich des Inhalts und der Bedeutung der Information selber überprüfen können. Er muss, wenn er sich die Arbeit machen will, prüfen können, ob das, was als Wissen dargestellt wird, tatsächlich *heute* den Gütestempel der Wissenschaften trägt, und dieser bedeutet: Das Wissen hat sich nach langen Diskussionen und in vielen Experimenten bisher immer bewährt.

In vielen Fällen hilft ein einfaches Kriterium auch Laien, zwischen Wissenschaft und Pseudowissenschaft zu unterscheiden. Die Naturwissenschaften sind so organisiert, dass sie hohe Prämien an Ansehen und beruflichem Weiterkommen demjenigen bieten, der anerkanntes Wissen widerlegt (>falsifiziert<). Kein Wissen ist vollkommen sicher, aber es gibt große Unterschiede in bezug auf relative Sicherheit. Wer beispielsweise den Energieerhaltungssatz mit Experimenten widerlegen könnte, würde von heute auf morgen berühmt, das ist sicher. Nur deshalb, weil die Wissenschaft Prämien auf *Falsifikationen* in Aussicht stellt, kann man sich auf wissenschaftliches Wissen gut verlassen. Auch ein Laie weiß, dass Wissenschaftler es als eine Sensation werten würden, wenn wir uns alle geirrt hätten und eine Maschine aus wenig Energie viel Energie machen könnte, oder wenn die Erde wider Erwarten doch eine Scheibe wäre.

Auf der andere Seite, auf der Seite der Pseudowissenschaft, kann auch ein Laie

beurteilen, ob es eine große Sensation wäre, wenn jemand in einem wissenschaftlichen Artikel darüber berichtete, dass Wünschelruten *nicht* funktionieren. Bei pseudowissenschaftlichem Wissen ist es genau umgekehrt wie in den Wissenschaften: Hier winken die hohen Prämien für die *Verifikation*, also für den positiven Nachweis. Es wäre eine Sensation, die mit weltweitem Ansehen und Preisen honoriert würde, wenn Wünschelruten an unsichtbaren, aber tatsächlich vorhandenen Wasserquellen reproduzierbar ausschlagen. Aber niemand kann Anerkennung erwarten, wenn er die Vorhersagen von Rutengängern falsifiziert.

Es gibt also einen auch für Laien und Wikipedia-Autoren leicht feststellbaren Unterschied zwischen anerkanntem und zweifelhaftem Wissen: Wäre die Falsifikation eine Sensation und wäre eine weitere Verifikation relativ langweilig? Dann handelt es sich um wissenschaftlich bewährtes Wissen. – Ist es aber umgekehrt, wäre die Verifikation eine Sensation und jede weitere Falsifikation relativ langweilig, dann handelt es sich um Pseudowissenschaft.<sup>22</sup>

Der Schreiber eines entsprechenden Artikels z.B. über die Darwinsche und die biblische Erklärung des Ursprungs der Menschen muss auf diesen Unterschied aufmerksam machen: dass es in der Wissenschaft eine unglaubliche Sensation und folgenreiche Revolution bedeuten würde, wenn letztere sich als wahr erwiese.

Auf die gleiche Weise kann man auch zwischen veraltetem und neuem bewährtem Wissen unterscheiden. Die Theorie vom Feuerstoff >Phlogiston< wird niemand mehr falsifizieren wollen. Die Verifikation ist nicht völlig ausgeschlossen, da es kein sicheres Wissen gibt, aber sie wäre

unter Chemikern eine ungeheure Sensation. Also handelt es sich um veraltetes Wissen. Veraltetes Wissen kann allerdings früher eine große Rolle gespielt haben, das als historisches Faktum einen Report verdient.

Bei brandneuem Wissen kann niemand etwas dagegen haben, wenn es schon dargestellt wird, bevor viele Bewährungen stattgefunden haben. Die Information darüber, was an der vordersten Front der Forschung geschieht, ist in diesem Fall wichtiger als die Sicherheit der Ergebnisse. Man nimmt in Kauf, dass dieses Wissen einstweilen relativ unsicher ist.

Einfacher hat man es bei nicht-wissenschaftlichem Wissen, z. B. bei Berichten über wichtige Persönlichkeiten, über ihr Leben und ihr Werk. Was das Werk betrifft, so soll man es beschreiben, niemals kritisieren oder beurteilen. Wenn andere es beurteilt, kritisiert oder verbessert haben, gehört das in den Teil ›Wirkungsgeschichte‹. Über die Wirkungsgeschichte kann man wiederum völlig wertneutral berichten, selbst dann, wenn sie vernichtende Urteile über einen Autor enthält. Sie müssen nicht einmal wahr sein, es muss nur wahr sein, dass es diese Urteile gibt und dass sie von der jeweiligen Fachwelt oder Öffentlichkeit in einer bestimmten Zeit ernstgenommen worden sind. Dazu muss man natürlich auch die Gegenstimmen referieren.

Enzyklopädisten haben eine große Verantwortung: Was sie als Tatsache darstellen, kann leicht zu einer werden. Wer in einem Lexikon als ›Erfolgsautor‹ bezeichnet wird, wird dadurch vielleicht bald wirklich einer sein. Die Wirkungsgeschichte von Persönlichkeiten enthält oft von ihren Anhängern in die Welt lancierte Aufwertungen. Die Wirkungsgeschichte

lässt sich nie wieder wegreden, auch wenn der Autor selbst und seine Schriften später als unbedeutend erkannt werden. So kann auch ein unbedeutender Autor es zu bleibender Bedeutung bringen. Aber wie oben gesagt: Dieses enzyklopädische Paradox lässt sich bei gutem Willen und im Bewusstsein großer Verantwortlichkeit weitgehend vermeiden.

## **8. Die konventionelle Wissensallokation ist zu träge**

Das elektronische Medium sorgt für eine weite und schnelle Verbreitung von über die Welt verstreutem Wissen und von neuen Ideen. Das ist besonders für die Geistes- und Sozialwissenschaften interessant. Denn das dort erzeugte Wissen pflegte bisher aus verschiedenen Gründen bei weitem nicht so schnell dorthin zu gelangen, wo es gebraucht wurde, wie die Ergebnisse der Naturwissenschaften.

Das lag nicht so sehr daran, dass die neuen technischen Verbreitungsprozesse noch fehlten, sondern mehr daran, dass sich naturwissenschaftliches Wissen leichter wirtschaftlich verwerten lässt. Daher besteht eine große Nachfrage nach Neuigkeiten, und den Erfindern und Entdeckern werden hohe Prämien in Form von Ehrungen und Geldmitteln in Aussicht gestellt, wenn sie neues Wissen erzeugen. Viele bemühen sich dann, es dorthin zu bringen, wo es gebraucht und honoriert wird.

Die Produkte der Geisteswissenschaften derart zu honorieren oder gar zu lizenzieren wäre absurd. Man kann hier keine Gebühren erheben, noch nicht einmal für die Anwendung der Mathematik und Logik, die auch Erzeugnisse von Geisteswissenschaften sind. Noch schlechter sieht es bei der Verwertung bestimmter Argumente

aus oder bei der Pflege der deutschen Sprache. Damit sind keine Gewinne zu machen.

Umgekehrt ist aber leicht nachzuvollziehen, dass das Nichtwissen auf diesem Gebiet Geld *kosten* kann und oftmals sogar großen volkswirtschaftlichen Schaden anrichtet. Am krassesten tritt das zutage, wenn falsches Denken und irreführende Argumente Politiker zu schlechten Problemlösungen verleiten. Die Notwendigkeit, das Wissen der Geisteswissenschaften, beispielsweise das der Philosophie, dorthin zu bringen, wo es fehlt, wird daher am schnellsten deutlich, wenn man sich drastische Fälle in Erinnerung ruft, etwa den Ausbruch von Kriegen, die teilweise mit ungültigen Argumenten begründet worden sind.

Politiker sind allzu leicht bereit, auf ungültige Argumente zu setzen, wenn sich mit ihnen ihre Ziele schneller durchsetzen lassen. Sie müssen dabei nur sicher sein, dass die ungültigen Argumente bei ihren Wählern noch verfangen. Um zu besser kontrollierten Problemlösungen zu kommen, ist es daher notwendig, dass breite Bevölkerungsschichten zwischen gültigen und ungültigen Argumenten unterscheiden können.

Hierzu eine Illustrationen, die dem politischen Problem kaum gerecht wird, aber plausibel machen kann, worum es geht. Dem britischen Premierminister Tony Blair gelang es 2003 allzu leicht, mit seiner unnachahmlichen Eindringlichkeit einen großen Teil des britischen Parlaments und seiner Wähler davon zu überzeugen, dass er wirklich glaubte, der Führer des Irak, Saddam Hussein, verfüge über Massenvernichtungswaffen. Viele haben das damals, 2003, ebenfalls gefühlsmäßig für möglich gehalten. Es wäre ihnen leichter

gefallen, ihrem Prime Minister zu widersprechen und ihren eigenen Gefühlen zu misstrauen, wenn der fundamentale Unterschied zwischen *subjektivem und objektivem Wissen*, beziehungsweise der zwischen subjektiver ›*Gewissheit*‹ und objektiv nachprüfbarer ›*Sicherheit*‹<sup>23</sup> bereits Volksweisheit gewesen wäre. Entsprechende Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Gefährlichkeit der politischen Lage hätte man dann allein auf die objektiv vorliegenden Berichte und Beobachtungen gestützt. Der amerikanische Außenminister Colin Powell hat später sehr bedauert, das nicht getan zu haben. Man hätte sich leicht einen nun schwer zu begründenden Krieg und den langwierigen Kampf gegen irakische Widerstandsgruppen ersparen können.

Wie viele unzulängliche Argumente eine Rolle gespielt haben, sei dahingestellt. Fehlende oder falsche Argumente in der Politik können jedenfalls sehr leicht tausende Menschenleben kosten und hohe Staatsausgaben verursachen. Je mehr Menschen die neuen Argumente der Philosophie kennen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, Politiker buchstäblich zur Vernunft zu bringen, nämlich zum Gebrauch gültiger Argumente zu bewegen, die lebenswichtig sein können.

Bisher war es sehr unwahrscheinlich, dass sich auch nur die einfachsten Argumente, Methoden und Ergebnisse neuer Philosophie schnell durchsetzten. Oft dauerte es Jahrzehnte. Viele unabschätzbar wichtige Argumente der Philosophie sind *jahrhundertlang* unberücksichtigt geblieben; z.B. die beiden ›*Humeschen Gesetze*‹, wonach aus dem Sein kein Sollen folgt und aus Beobachtungen keine Theorie. Das erste Argument fehlt denjenigen, die z.B. Homosexualität als unnatürlich ab-

lehnen; das zweite denen, die so gerne ihre persönlichen Erfahrungen zu Theorien verallgemeinern.

Die Gründe, warum sich geisteswissenschaftliches Wissen nur langsam verbreitet, sind zu vielfältig, um sie hier alle erörtern zu können. Ich will hier nur die Schwierigkeiten erörtern, die Chancen haben, mit der ›Wiki-Technik‹ überwunden zu werden.

Hinderlich ist zum Beispiel Beanspruchung einer ›Kompetenz‹ für die Produktion von Ideen und Lösungsansätzen. ›Kompetenz‹ bedeutete einst Sachverstand, wird heute aber oft nur noch als ›Zuständigkeit‹ im Sinne eines Besitzes interpretiert und hartnäckig verteidigt, auch wenn es am Sachverstand mangelt. Noch immer beansprucht z.B. die Kirche, in moralischen Fragen kompetent zu sein wie für alles, was mit der Reproduktion und Bewahrung menschlichen Lebens zu tun hat – also mit Zeugung, Geburt, Eintritt in das Erwachsenenleben, Heirat, Ehe, Ableben –, obgleich Ärzte, Psychologen und letztlich wir alle darüber eher mehr, aber wohl kaum weniger wissen als Theologen.

Selbstverständlich sollen die Fakultäten der Universitäten für die Erzeugung, Bewahrung und Verbreitung von Fachwissen zuständig sein, denn sie sind kompetent im Sinne von fachkundig. Die hohe Spezialisierung scheint auch gar keine andere Sicht der Dinge zuzulassen. Und doch kann auch dort Kompetenzdenken falsch sein: Der Erzeugung und Weiterentwicklung von Ideen sollten die Fachzuständigkeiten niemals im Wege stehen; der Import von Ideen aus anderen Fachgebieten hat sich oft als fruchtbar erwiesen.

In juristischen Fragen, die uns alle angehen, wie sie etwa die Menschenrechte aufwerfen, die Charta der Vereinten Natio-

nen oder die Europäische Verfassung, werden Fachjuristen aus traditionellen Gründen nur zögernd Außenstehende an ihren Überlegungen teilhaben lassen oder Ideen von dort übernehmen. Verbesserungsprozesse sind auf diesem Gebiet in hohem Maße ritualisiert und gegen von außen kommende Verbesserungen abgeschirmt. Auch in der medizinischen Wissenschaft war man lange Zeit nicht daran interessiert, den Patienten in ärztliches Wissen und einfache Behandlungsweisen einzuweißen.

Wissen ist nicht nur Macht, es ist auch eine Einkommensquelle, die man sich bewahren will. Niemand, der viel Zeit und Mühe in den Erwerb von Wissen gesteckt hat, möchte dieses Wissen kostenlos an andere weiterreichen. Von daher stammen die Zünfte, die eifersüchtig verteidigten Kompetenzbereiche, die Urheberrechte. Gäbe es diese Dinge nicht, wäre allerdings auch der Anreiz gering, neues Wissen und Können bereitzustellen. Doch diese Haltung darf der weltweiten Verbreitung und Verbesserung von Wissen nicht im Wege stehen. Das Hantieren mit dem Urheber- und Copyrightstempelchen, die Prioritäts- und Kompetenzstreitigkeiten, die Eroberung und Reservierung der Zugänge zu den Medien, der Kampf um Ansehen, Autorität, Auszeichnungen und Preise, die Verlängerung der Publikationsliste um fast jeden Preis, die stille Verabredung von Zitierkartellen und viele andere Unarten, die besonders dort aufblühen, wo das Wissen nicht wie in den Naturwissenschaften durch Erstveröffentlichung oder Patente klar dem Urheber zugeordnet werden kann: Das alles überdeckt, dass diese vielen Institutionen, die zur Erzeugung von Wissen anstacheln sollen, nicht das Ziel, sondern nur das Mittel zu etwas viel Wich-

tigerem sind: Der Menschheit geht es nicht um die Autoren und Erfinder, sondern um deren Werke und Entdeckungen.

Das alles wird nun wieder etwas deutlicher, wenn in Wiki-Projekten wie Wikipedia eine unerwartet große Anzahl von Menschen bereit sind, Wissen zu sammeln, zu veröffentlichen und zu verbessern, das uns allen nutzt, ihnen selbst aber wenig, weil sie als Autoren und als Menschen weitgehend hinter die gute Sache zurücktreten. Die *GNU Free Documentation Licence*, die sie akzeptieren, erlaubt jedermann die freie Kopie und Änderungen des Textes, dessen Verbreitung und Nutzung. Bedingung ist, dass die Versionsgeschichte angefügt bleibt, in der die Autoren und der Anteil ihrer Mitarbeit vermerkt sind, dass die freie Verbreitung nicht verhindert wird und alle Versionen immer der GNU Lizenz unterworfen bleiben.

## 9. Problemlösende Wikis für Politik und Moral

Die im Januar 2001 begonnene Wikipedia<sup>24</sup> ist das erste, aber längst nicht mehr das einzige *offene* lernende System. Immer mehr ›Wikis‹ entstehen. Das sind informative Internetseiten, die jeder Leser erweitern und verbessern kann. Außer Enzyklopädien in 200 Sprachen gibt es andere offene Projekte: zur Zeit etwa 13000 kollektiv produzierte englische Buchprojekte (wikibooks seit 10. Juli 2003), politische Nachrichten (wikinews), Zitate (wikiquote), urheberrechtsfreie Texte (wikisources) und Wörterbücher (wiktionary). Besonders in englischer Sprache entstehen jetzt laufend neue Wikis, die an der Sammlung und Aufbereitung spezieller Information über Gesundheit, Reise, Politik, Studienführer, Musik oder Hobbys usw. arbeiten.<sup>25</sup>

Der nächste Schritt sind offene politische Wikis zur Lösung drängender politischer oder moralischer Probleme. Sie sind nur möglich, wenn Verfahrensregeln zur Verfügung stehen, die als Ordnungsrahmen bewirken, dass sich kontrovers diskutierte politische Probleme auf objektiv nachvollziehbare Lösungen zubewegen, ganz gleich wer daran mitwirkt. ›*Offen*‹ heißen diese Systeme, wenn an ihnen *alle*, die Zugang zum Internet haben, mitarbeiten können. Sie sind auch offen im Sinne von Poppers ›Offener Gesellschaft‹: offen gegenüber Kritik und Verbesserungen.

Zum Teil werden solche gemeinsamen Probleme schon bearbeitet. Seit den 90er Jahren gibt es die Entwicklung des Betriebssystems Linux, allerdings noch nicht in der vollen Offenheit des Wikipedia-Projekts. Seit Kurzem werden auch gesellschaftliche Probleme bearbeitet, die Dinge wie Umwelt, Gesundheit oder politische Reformen betreffen<sup>26</sup>.

Bei politischen und moralischen Problemen sucht man nach der besten Lösung. Aber selten ist nur eine einzige Lösung möglich, weil jede Lösung ein Kompromiss ist, um unterschiedliche Ziele gleichzeitig zu erreichen. Kompromisse müssen z.B. immer zwischen einer florierenden Ökonomie und einer gesunden Ökologie gemacht werden; oder zwischen Sicherheit vor Terrorismus und bürgerlichen Freiheitsrechten. Gäbe es die eine richtige Lösung, so würden z.B. die Vernünftigen alle dieselbe Partei wählen und die Unvernünftigen die anderen Parteien. So einfach ist es nicht. Wie in der Kunst gibt es nur Paketlösungen, viele unterschiedliche Probleme müssen gleichzeitig gelöst werden und die Lösungen beeinflussen sich gegenseitig. Auch in der Moral sind immer mehrere Probleme miteinander ver-

netzt. Dennoch muss man es versuchen: Man ist auch dann ein Stück weitergekommen, wenn nicht mehr beliebig viele, sondern nur noch wenige ›Paketlösungen‹ zur Auswahl übrig bleiben.

Die folgenden Abschnitte führen in diese Methode ein und geben eine Reihe von praktischen Regeln an für Mitarbeiter an moralischen und politischen Problemlösungen.

### **10. Objektivität ist oft erreichbar, Neutralität selten**

Zunächst eine Kritik der Rede vom ›neutralen Standpunkt‹, wie er z.B. von Wikipedia-Mitarbeitern gefordert wird<sup>27</sup>. Es ist klar, was damit gemeint ist, nämlich ein unparteiischer Standpunkt, ein Herangehen an eine Sache ohne Eiferung und ohne Engagement für eine bestimmte von mehreren möglichen Positionen und der Hinweis auf die wichtigsten möglichen Standpunkte, die man einnehmen könnte.

Das ist ganz akzeptabel. Dennoch ist es wichtig einzusehen, dass das Ideal der vollen Neutralität unerfüllbar ist. Selbst wenn man nur *Beschreibungen* liefert, etwa eine Lebensbeschreibung von Thomas Mann, müssen wir unter vielen Dingen auswählen, und wir können den einen oder anderen Aspekt stärker herausheben. Wir können beispielsweise Thomas Manns Versuch vor 1936, sich aus der Politik herauszuhalten, mehr betonen als sein späteres Engagement gegen den Nationalsozialismus.<sup>28</sup> Wir müssen also eine Position beziehen. Den Winkel, aus dem man alles sieht, gibt es nicht.

Bei bloßen Beschreibungen sind die Verhältnisse noch einfach. Viel unerreichbarer ist der neutrale Standpunkt in politischen und moralischen Fragen. Gerade das Verhalten Thomas Manns zeigt, dass sein eigener Versuch, neutral zu bleiben, nicht

realisierbar war und wie bei Richard Strauß, Gustaf Gründgens oder Wilhelm Furtwängler de facto einer ungewollten Unterstützung des Unrechtregimes gleichkam. Neutral sein in politischen Fragen ist selbst schon eine politische Handlung. Wirkliche Neutralität ist also nicht erreichbar und sollte auch gar nicht angestrebt werden. Denn Intellektuelle sehen klarer als andere Menschen die Fehler eines Regimes. Sie sehen auch die Fehler einer ansonsten gut funktionierenden Demokratie. Es wäre verantwortungslos, Fehler nicht zu nennen und andere, die diese nicht sehen, in ihr Unglück laufen zu lassen.

Was wir von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erwarten und was wir in der Wissenschaft, in lexikalischen oder in politischen Wiki-Projekten anstreben, ist nicht Neutralität, sondern *Objektivität*. Dieses Wort ist zu Unrecht in Verruf gekommen und es scheint heute immer noch etwas in Verruf zu sein, weil viele glauben, dass, wer sich als objektiv ausgibt, auch den überzogenen Anspruch erhebt, im Besitz der Wahrheit zu sein. Aber objektiv zu sein, bedeutet nur, sich der *Methode* zu unterwerfen, die auch Naturwissenschaftler beherzigen: Die Resultate seines Denkens und Forschens ›intersubjektiv nachprüfbar‹ zu machen, also nachprüfbar für beliebige andere Forscher irgendwo in der Welt. Und genau besehen ist es das, was auch die Wikipedia von ihren Autoren fordert<sup>29</sup>.

Bei Lexika wird die Nachprüfbarkeit natürlich nicht wie bei den Wissenschaftlern durch den Hinweis auf Experimente erfüllt, sondern durch die Quellenangaben. Und bei moralischen und politischen Problemen sind es wieder ganz andere Kriterien, die die Objektivität sicherstellen sollen. Um die geht es im Folgenden.

## 11. Objektive Lösungen moralischer und politischer Probleme

Diskussionen über umstrittene Dinge wie globale Erwärmung, Einwanderungsquoten, Sterbehilfe, Embryonenforschung oder Gentechnik werden oft in der Weise abgehandelt, dass die Lösung der jeweiligen Opponenten *moralisch* verurteilt wird. Da bedeutet es schon einen guten Schritt vorwärts gekommen zu sein, wenn wir den ›neutralen Standpunkt‹ einnehmen, der uns gebietet, verschiedene Standpunkte zu berücksichtigen und von Ereiferungen für oder gegen eine Position abzulassen.

Nun geht es aber in Politik und Moral darum weiterzukommen, d.h. die verschiedenen Standpunkte zu bewerten und einige zu verwerfen. Halten alle an ihrem Standpunkt fest, entsteht eine Pattsituation, in der sich verschiedene Wertvorstellungen unversöhnlich gegenüberstehen. Sie wird gewöhnlich durch einen Kompromiss aufgelöst oder durch die Ausnutzung einer Machtposition, falls eine Seite das politische Übergewicht hat.

Derartige Einigungsverfahren suchen nicht die für alle beste Lösung, sondern die verträglichste oder die am ehesten ›mehrheitsfähige‹ Lösung. Die bestmögliche Lösung wird dabei meistens verfehlt. Nur wer an die Heiligkeit von Mehrheitsbeschlüssen glaubt, kann annehmen, dass das, was die Mehrheit beschließt, immer die optimale Problemlösung ist<sup>30</sup>.

Die erste methodologische Regel sollte also sein, die Auseinandersetzung nicht auf der moralischen Ebene zu führen, sondern immer auf der argumentativ-wissenschaftlichen Ebene nach der vernünftigsten Lösung zu suchen. Wie diese Lösung dann durchgesetzt werden kann, ist eine andere Frage (die des grundsätzlichen ›Durch-

setzungsproblems‹, das bei allen ethischen Problemlösungen auftaucht<sup>31</sup>).

Wie aber kann man herausfinden, welcher Lösungsvorschlag von vernünftigen Menschen bevorzugt werden muss, also was *objektiv richtig* und was *objektiv falsch* ist? Wiki-Projekte, die weltweit moralische oder politische Problemlösungen erarbeiten, wären zum Scheitern verurteilt, wenn eine solche objektive Behandlung der Probleme nicht möglich wäre. Mit einem regelgeleiteten Prozedere zu solchen Lösungen zu kommen, ist daher die erste wichtige Aufgabe, bevor man daran gehen kann, politische und moralische Wikis zu bearbeiten.

Diese Aufgabe ist schwierig; denn nirgendwo werden die Diskussionen engagierter und emotionsbeladener geführt als auf politisch-moralischem Gebiet, wir brauchen nur an die Debatten unserer Zeit zu denken, etwa die über Maßnahmen im Zusammenhang mit der globalen Erwärmung, über Embryonenforschung und die Verwertung von Gentechnologien, über Einwanderungsquoten, über passive und aktive Sterbehilfe usw. Deshalb scheint es auf den ersten Blick, als ob Debatten über politische Probleme, die durchgreifende politische Maßnahmen zur Folge haben, niemals zu objektiv nachvollziehbaren Ergebnissen führen könnten. Es scheint, als ob Menschen, die unterschiedliche letzte Wertentscheidungen vertreten, sich immer unversöhnlich gegenüberstehen und niemals einer gemeinsamen Problemlösung zustimmen werden.

Eine Philosophie, die den Weg, doch dorthin zu kommen, vorbereitet hat, ist der Kritische Rationalismus. Seit ungefähr fünfzig Jahren arbeitet er an methodologischen Regeln, die den in den Wiki-Projekten geforderten ›neutralen Standpunkt‹

oder besser die ›Objektivität‹ möglich machen.

## 12. Zwölf Regeln für politisch-moralische Wikis

Die hier vorgeschlagene Methode zur Lösung praktischer Probleme hatte Popper 1958 benutzt, um *metaphysische Probleme* zu lösen<sup>32</sup>. Das sind wissenschaftlich unentscheidbare Probleme wie die Frage, ob die Welt ein Traum ist und jedes scheinbar widerlegende Experiment ebenfalls nur ein Traum. Popper fand, dass man Metaphysik nicht mit Experimenten *falsifizieren*, wohl aber mit Argumenten *kritisieren* und mitunter sogar *widerlegen* kann.

Dazu muss man die Fragen stellen: Welches Problem soll hier eigentlich gelöst werden? Wurde es gelöst? Wurde es besser gelöst als durch jeden anderen, bisher bekannten alternativen Lösungsvorschlag? Entsprechende Fragen kann man auch auf moralischem und politischem Gebiet stellen. Man kann z.B. fragen: Welches Problem soll mit dem ›Recht auf Arbeit‹ gelöst werden? Trägt die entsprechende Formulierung in den Menschenrechten zur Lösung des Problems bei? Ist eventuell etwas anderes damit gemeint? Welche anderen Lösungsvorschläge sind denkbar? Usw.

Was genau unter einem ›Problem‹ zu verstehen ist, muss nicht beantwortet werden, und man hüte sich davor, eine exakte Definition zu versuchen. Denn was wichtig ist, wird aus dem Kontext klar: Probleme entstehen immer dort, wo *Ziele* verfolgt werden und *Hindernisse* überwunden werden müssen oder wo mehrere Ziele zu einem Zielkonflikt führen. Kennt man das Ziel, kann man prüfen, ob man ihm nähergekommen ist und ob es andere Wege gibt, ihm noch näher zu kommen. Bei

mehreren Zielen wird die Prüfung entsprechend schwieriger, sie ist aber nicht unmöglich.

Nun die Regeln im Einzelnen:

1. *Suche nach vernünftigen Problemlösungen.* Bei einem politischen, gesellschaftlichen oder moralischen Wiki geht es nicht darum, Mehrheiten zu gewinnen oder ›mehrheitsfähige Lösungen‹ durchzusetzen, sondern die von einer möglichst großen Anzahl vernünftig Denkender erarbeitete, nachvollziehbare zur Zeit beste Lösung eines gesellschaftlichen Problems herauszufinden und den Politikern (oder sonstigen Anwendern) anzubieten.

Wenn hier von ›vernünftig Denkenden‹ oder ›den Vernünftigen‹ die Rede ist, so ist das hier kein Appell, unerreichbare Ideale anzustreben, sondern nichts weiter als eine *Bezeichnung* für Menschen, die willens sind, die Zahl und Schwere der Probleme in unserer Welt zu verringern. Das ist eine einfache technische Definition, die nicht die ganze Geschichte der Aufklärung mit all ihrer Problematik beschwören soll, obgleich sie an diese Tradition anknüpft.

Es handelt sich um eine einfache, aber gewollt kreative Definition. ›Kreativ‹ heißt, dass sie eine Reihe von akzeptablen Konsequenzen hat. Wer tatsächlich Probleme lösen will, wird als Konsequenz nicht umhin kommen, eine positive Haltung zu Realismus, Objektivität und Wahrheit einzunehmen: Realismus ist die Vorstellung, dass es eine von Menschen unabhängige Welt gibt; Objektivität ist die Suche nach zeit- und kulturunabhängigen Lösungen eines Problems; Wahrheit ist Übereinstimmung mit den Tatsachen. Diese Konsequenzen sind nicht logischer Natur, sondern sie ergeben sich durch Ausprobieren. Wer wie Wissenschaftler häufig Probleme



me löst, wird Realismus, Objektivität und Wahrheit zu schätzen wissen. Logisch wäre es auch möglich, dass unrealistische, nicht-objektive und wahrheitsverleugnende Menschen auf Dauer mehr Erfolg beim Problemlösen haben. Aber die Erfahrung spricht dagegen.

Das Plädoyer für Vernunft als Wille zur Problemlösung soll hier nicht gehalten werden, denn erstens lässt uns schon das Alltagsdenken verstehen, worum es geht, so dass weitere Begriffserklärungen unnötig sind; zweitens rechtfertigt der Erfolg der Naturwissenschaften die vernünftige Haltung, weil ohne den Glauben an Realismus, Objektivität und Wahrheit und die damit verbundenen Arbeitsmethoden deren Erfolg nicht möglich wäre; und drittens sind für die, die mehr wissen wollen, die theoretischen Grundlagen bereits anderswo erarbeitet worden<sup>33</sup>.

## 2. *Der objektive Charakter der Probleme.*

Die hinter gemeinsam bearbeitbaren Projekten stehende Vorstellung ist, dass gesellschaftliche Probleme *objektiver Natur* sind. Das heißt, dass sie wie ein Schachspiel in einem bestimmten Stadium unabhängig von den Spielern, unabhängig von der Epoche und Kultur, in der das Spiel gespielt wird, beschrieben und ›weitergespielt‹ werden können. Wie es gute und schlechte Züge gibt, mit denen man die Schachpartie fortsetzen könnte, gibt es auch in politischen Problemsituationen objektiv schlechte und objektiv gute Fortsetzungen, und letztere gilt es herauszufinden.

3. *Das Problem identifizieren.* Welches Problem soll mit einer sozialen Institution gelöst werden? Zum Beispiel mit dem Schutz der Menschenwürde?

3.1 ›*Soziale Institution*‹ bezeichnet hier alle moralischen, gesellschaftlichen oder

politischen Einrichtungen, die in irgendeiner Weise unser Leben oder Zusammenleben regeln; also insbesondere moralische Prinzipien, moralische Werte, Maximen, moralische Gefühle wie das Gewissen; religiöser Glaube z.B. an Gott oder die Unsterblichkeit; Grundrechte, Menschenrechte, die Artikel der Charta der Vereinten Nationen; Gesetze und Verordnungen; Traditionen und Gesellschaftsformen wie Demokratie, Diktatur, Pluralismus, Liberalismus; politische Vereinbarungen; Höflichkeitsregeln; usw. Immer kann man fragen: Welches Problem soll die jeweilige soziale Institution lösen?

3.2 *Reformulierung.* Worin besteht das Problem? Denken wir an Krankheiten oder Beziehungsprobleme: Zuerst sehen wir nur Symptome, nicht die Ursachen. Erst beim Versuch ein Problem zu lösen, wird langsam klarer, worin das Problem eigentlich besteht. Probleme müssen daher während des Lösungsprozesses immer wieder neu formuliert werden.

3.3 *Objektive Problemdarstellung.* Politische, gesellschaftliche oder moralische Probleme sollten ohne Bewertung beschrieben werden; am besten so, dass man sieht, dass das Problem ähnlich wie ein physisches Objekt unabhängig von Beobachtern und Bearbeitern existiert und ein Forscher es fünfhundert Jahre später noch verstehen kann.

3.4 *Problemanalyse.* Probleme bestehen aus Zielen und Hindernissen, sie resultieren aus Zielkonflikten und sind verknüpft mit anderen versteckten Zielen, die sich in moralischen, gesellschaftlichen und politischen Werten, Prinzipien, Maximen, Gefühlen, Gepflogenheiten, Traditionen usw. ausdrücken. All diese Dinge, die kein Sein, sondern ein Sollen oder Wollen betreffen, sind herauszuarbeiten. Sie sind zu

unterteilen in Unproblematisches, das man einstweilen beiseite lassen kann, in Problemschaffendes und Problemlösendes. Auch Dinge des Sollens und Wollens bestehen aus Zielen und Hindernissen, die mehr oder weniger mit dem zu lösenden Hauptproblem verknüpft sind und separat diskutiert werden müssen (siehe 5.2).

*4. Problemlösungen.* Wenn man weiß, welches Problem gelöst werden soll, kann man auch feststellen, ob es gelöst wurde und besser gelöst wurde als mit jeder bekannten Alternative. Denn wenn wir die angestrebten Ziele kennen, können wir objektiv nachvollziehbar erkennen, ob eine bestimmte Problemlösung ihnen näher kommt oder nicht.

*4.1 Die Objektivität einer Lösung* wird wie in der Wissenschaft durch ›intersubjektive Nachprüfbarkeit‹ und ›intersubjektive Übereinstimmung‹ gesichert.

*4.1.1 ›Intersubjektive Nachprüfbarkeit‹:* Die Lösung eines Problems ist unabhängig vom Fragesteller und lässt sich so darstellen, dass jeder sie nachprüfen kann.

*4.1.2 ›Intersubjektive Übereinstimmung‹:* Nur wenn unterschiedliche Personen mit unterschiedlichen Voraussetzungen (Geschlecht, Zeit, Kultur) zu gleichen Ergebnissen kommen, wenn ihre Problemlösungen konvergieren, wie gut gemachte Fotoapparate verschiedener Firmen konvergieren, weil sie für die gleiche Aufgabe vorgesehen sind, also gleichartige Probleme lösen, kann die Lösung auf objektive Weise entstanden sein. Das heißt, die intersubjektiv erreichte Übereinstimmung ist ein Zeichen dafür, dass die angewendeten Methoden tatsächlich objektiv waren, also von Menschen unabhängige Resultate angestrebt haben.

*4.1.3 Das Poppersche Problemlösungsschema* (siehe Abschn. 5) ist dabei die

Methode, die am ehesten zu objektiven und optimalen Ergebnissen kommt: viele Alternativen ausfindig machen, sie ausgiebig kritisieren und verbessern, die beste auswählen, den Prozess oft wiederholen. Natürlich kann man jede andere Methode anwenden, die sich als besser erweist.

*5. Separate Ziel- und Wertediskussionen.* Auf der Suche nach der besten Problemlösung werden die zu erreichenden Ziele vorerst als unproblematisch vorausgesetzt. Die Ziele werden also zunächst nicht kritisiert oder bewertet. Aber auch sie können rational diskutiert werden: Man kann sie aufgeben oder abändern. Doch dadurch wird nicht das Problem gelöst, sondern es werden die entsprechenden Ziele aufgegeben. Manchmal ist das angezeigt. In jedem Fall muss diese Diskussion der Ziele *separat* geführt werden.

*5.1 Rationale Ziel- und Wertediskussion.* Auch diese Diskussion kann vernünftig oder gleichbedeutend ›rational‹ (also problemlösend) geführt werden: Wenn Ziele ein Problem aufwerfen, gibt es innerhalb dieses neuen Problems wieder ein oder mehrere Ziele, die nicht ohne weiteres erreicht werden können. Das ist die Struktur eines jeden Problems. – Nehmen wir als einfaches Beispiel das Schmetterlingssammeln. Das Ziel dabei könnte sein, möglichst seltene Arten zu sammeln. Die Schwierigkeiten, die uns dieses Ziel nicht unmittelbar erreichen lassen, könnten darin bestehen, nicht die richtige Ausrüstung zu haben, nicht die günstigen Fangplätze zu kennen usw. Wie die beste Problemlösung aussehen könnte, ist klar, sobald man das Ziel und die Schwierigkeiten analysiert hat. Nun könnte das Ziel selber problematisch sein: Wer seltene Arten tötet und sammelt, trägt zum Aussterben die-

ser Arten bei. Das könnte viele um die Natur besorgte Menschen so sehr stören, dass das vorher unproblematische Ziel nun selber ein gesellschaftliches Problem wird. Eine Lösung der beiden verknüpften Probleme könnte sein, seltene Schmetterlinge nicht zu töten, sondern zu fotografieren und die Fotos zu sammeln.

*5.2 Wertunterscheidungen.* In politischen und moralischen Diskussionen spielen gewöhnlich eine größere Zahl von Werten eine Rolle. Auch Werte sind Ziele, denn sie sind Dinge, die wir anstreben (Frieden, Gesundheit, Schönheit, Reichtum, Aufrichtigkeit usw.). Dabei muss man dreierlei Werte unterscheiden: Werte, die unproblematisch sind; Werte, die Probleme aufwerfen; Werte, die Probleme lösen sollen.

*5.2.1 Problemlösende Werte* (auch ›moralische Werte‹ genannt) sehen oft wie un diskutierbare Ziele aus, wie ›Werte an sich‹. Zum Beispiel die klassischen Tugenden Weisheit, Mäßigkeit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und die christlichen: Glaube, Liebe, Hoffnung. Das sind Dinge, die wir angeblich um ihrer selbst willen schätzen. Vom Standpunkt der Moral aus, das heißt unter dem Gesichtspunkt ›Wie ist ein möglichst reibungsloses Zusammenleben vieler möglich?‹ sind sie Versuche, bestimmte wiederkehrende Probleme zu lösen. Mäßigkeit etwa bewahrt uns davor, in schwierige Problemsituationen zu geraten. Es gibt viele andere derartige Werte: Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Anständigkeit, Ausdauer, Konzentrationsfähigkeit, Höflichkeit usw. Sie erweisen sich bei näherer Analyse alle als Mittel zum Zweck des reibungslosen Zusammenlebens. Sie sind Problemlösungsstrategien. Solche Werte können rational diskutiert werden; denn sie lösen entweder das Problem, das

sie lösen sollen, oder nicht. Oder es gibt andere Vorschläge, die das Problem besser lösen.<sup>34</sup>

*5.2.2 ›Lebenswerte‹* sind dagegen unproblematische Werte, die, wie Musik mögen oder Kunst lieben oder Schmetterlinge sammeln, im Allgemeinen für sich keine Probleme aufwerfen. Natürlich sind sie mit Problemen verbunden, weil man ja auch unproblematische Ziele nicht ohne weiteres erreicht. Sie können und brauchen nicht rational diskutiert zu werden, solange sie für sich kein Problem aufwerfen. Lebenswerte muss man also im Allgemeinen nicht diskutieren, sondern nur *identifizieren*. Man muss feststellen, ob sie real vorhanden sind und welche Rolle sie innerhalb des analysierten Problems spielen.

*5.2.3 Problematische Werte.* Es kann natürlich jederzeit sein, dass Lebenswerte doch Probleme aufwerfen. In diesem Augenblick werden sie rational diskutierbar, weil man nun prüfen kann, welches angestrebte Ziel sie stören, und wie man dieses Ziel besser erreichen könnte. Jetzt müssen sie, wie unter *5.1* gezeigt, diskutiert werden.

*5.3 Die Objektivität der Wertdiskussion* wird dadurch gewährleistet, dass man Werte, Gesetze, moralische Gefühle, Regeln, Maximen, usw. im jeweiligen konkreten Fall mit ›X‹ bezeichnet und intersubjektiv die Behauptung prüft: Durch X wird das gesellschaftliche Zusammenleben aller Betroffenen verbessert, und es wird mehr verbessert als durch jede andere bisher in Betracht gezogene Alternative.

*6. Das Durchsetzungsproblem.* Die traditionelle Moral pflegt aus Durchsetzungsgründen moralische Werte als absolute Werte oder unbedingte Ziele darzustellen. Zum Beispiel galt der *unbedingte* Gehorsam des Soldaten lange Zeit als absoluter

Wert. Das eigentlich mit ›Gehorsam‹ zu lösende Problem ist aber, einen Befehl so umzusetzen, dass die kriegerische Handlung erledigt wird und unter den jeweiligen Umständen möglichst wenig unerwünschte Nebenfolgen auftreten. Das bedeutet eine flexible, auf die jeweilige Situation abgestimmte Handlung zu finden, z.B. zum Töten entschlossen sein, aber nicht zu viel töten und nicht zu schnell. Zumindest sollte ein Soldat vorher bedenken, ob die Befolgung eines Befehls nicht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bedeuten könnte. Doch absoluter Gehorsam ist einfacher zu begreifen und führt zu schnelleren Entscheidungen, als wenn man den Gehorsam an die Bedingung knüpft, vorher gut nachzudenken. Bei der Durchsetzung von Befehlen ist er effektiver; beim Resultat der Handlung weniger. Wir fangen heute an zu begreifen, dass ›unbedingter Gehorsam‹ nur das schwierige Durchsetzungsproblem gut gelöst hatte, nicht aber das komplexe Handlungsproblem.

Jemand überhaupt zum Handeln zu bewegen, ist ein ebenso wichtiges moralisches Problem wie das, *was* getan werden soll. Wegen dieser gleichzeitigen Lösung zweier Probleme ist es wichtig, moralische und politische Institutionen immer daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht einen schlechten Kompromiss zwischen dem Durchsetzungsproblem und dem eigentlichen Problem ›Wie soll ich handeln?‹ gemacht haben. Dann sind oft Verbesserungen möglich, wie im Fall des soldatischen Gehorsams, der zumindest in Deutschland heute nicht mehr absolut gefordert wird.

Ein politisches Beispiel liefert die Unantastbarkeit von Verfassungspräambeln der Menschenrechte und ähnlicher Prinzipiensammlungen. Die Unantastbarkeit verleiht

diesen Regelwerken eine Art Autorität oder sogar Heiligkeit, die der besseren Durchsetzung dient. Was wahr ist, sollte ewig wahr sein, denken wir. Dem ewig Wahren gegenüber fühlen wir uns mehr verpflichtet als gegenüber fehlerbarem Menschenwerk. Aber wie alles Menschenwerk enthalten auch diese grundlegenden Regelwerke Fehler. Wir brauchen nur an den Paragraphen 23 der Menschenrechte zu denken, der jedem das Recht auf Arbeit einräumt, das aber an der Realität scheitern muss, wenn die entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen nicht vorhanden ist. Durch ihre Unantastbarkeit werden diese äußerst wichtigen Regelwerke der Kritik entzogen und gegen Verbesserungsversuche immunisiert. Aber es gibt nichts, was nicht kritisiert werden könnte; nichts, was nicht verbesserungsfähig wäre.

Es ist also sehr wichtig, das jeweils zu lösende Problem nicht mit dem Durchsetzungsproblem zu vermischen: Die optimale Problemlösung muss man unabhängig vom Durchsetzungsproblem finden, und die Durchsetzung des Richtigen muss dann separat diskutiert werden.

7. *Vernetzung*. Ein Problem ist nur dann gelöst, wenn die mit ihm vernetzten Probleme berücksichtigt worden sind.

8. *Betroffene*. Alle Betroffenen müssen berücksichtigt werden.

9. *Verbesserungszyklen*. Jede neue Lösung eines alten Problems hat ihre spezifischen Schwächen. Die Konsequenzen, die mit der neuen Lösung verbunden sind, kann man niemals alle überschauen. Deshalb gibt es keine endgültigen Lösungen. Der Poppersche Verbesserungszyklus kann beliebig oft wiederholt werden. Die Beteiligung Vieler ist also nützlich, um Verbesserungen durch wiederholte Zyklen in möglichst kurzer Zeit zu erreichen.

10. *Kontrolle durch Brückenprinzipien.* Man muss sicherstellen, dass kein Konflikt mit bewährten Ergebnissen der Wissenschaften vorliegt; dass das, was man durchsetzen möchte, prinzipiell und praktisch realisierbar ist; und dass kein logischer Fehler vorliegt.<sup>35</sup>

11. *Klarheit.* Da alle objektiv vorhandenen Probleme vom Bearbeiter des Problems unabhängig sind, können sie auch in einer Sprache dargestellt werden, die keine Eigentümlichkeiten der einzelnen Bearbeiter enthält, sondern nur das, was zur Bearbeitung des Problems notwendig ist. Das bedeutet, dass eine klare, prägnante Sprache immer möglich sein muss und angestrebt werden sollte.

12. *Diese Regeln sollen selbst ein Wiki sein*<sup>36</sup>, also ein Projekt, das der wiederholten Verbesserung durch beliebig viele Mitarbeiter ausgesetzt bleibt. Vor allem, wenn die konkreten Versuche, politische und moralische Probleme mittels Wikis zu lösen, auf der Objektebene scheitern, muss auf der Metaebene analysiert werden, woran das lag und was man tun kann, um doch noch zu objektiven Lösungen zu kommen.

### 13. Plädoyer für politische Wikis

»Was uns alle angeht, können nur alle lösen«, schreibt Friedrich Dürrenmatt in den bedenkenswerten »21 Punkten« im Anhang an *Die Physiker*<sup>37</sup>. Natürlich stimmt das nicht in dieser Allgemeinheit. Das Problem zukünftiger Energieversorgung geht uns alle an, aber wir können es nicht alle lösen. Doch die *Lösungen*, die uns Experten von Halliburton, Shell, Siemens usw. vorschlagen, können wir alle diskutieren. Denn sie sind mit unterschiedlichen Vor- und Nachteilen für unser Leben verbunden, und es ist immer *unser* Leben, das

durch wirtschaftliche Maßnahmen verbessert werden soll, nicht das Leben der Unternehmen. Insofern können wir auch etwas zur Lösung beitragen, denn die Verbesserung wirtschaftlicher Problemlösungen kann nur dann erreicht werden, wenn wir unser aller Wohlergehen als das *primäre Ziel der Wirtschaft* in Erinnerung bringen.

Was uns alle angeht und zu dessen Verbesserung wir alle beitragen können, sind zum Beispiel auch die Menschenrechte und die Charta der Vereinten Nationen. Diese Regelwerke haben eine unabschätzbar große Wirkung auf unser Leben. Man kann nicht sagen, dass sie in einer zufriedenstellenden, endgültigen Fassung vorliegen. Wie alles Menschenwerk enthalten sie Fehler. Sie enthalten sogar kapitale Fehler, Fehler, die Millionen Menschen mit Knechtschaft, Entbehrung oder ihrem Leben bezahlen müssen.

Am Auffälligsten zeigen sich die Fehler der UN Charta in der Unfähigkeit der Vereinten Nationen, gegen Menschenrechtsverletzungen, ethnic cleansing und Völkermord vorzugehen. Schreckliche Beispiele sind Somalia 1992, Ruanda 1994, Srebrenica 1995 und Darfur 2003. Die Duldung abscheulicher Verbrechen geht uns alle an. Denn wenn die Weltgemeinschaft sie künftig weitgehend verhindern kann und es nicht tut, werden wir alle zu Mittätern.

Was die Vereinten Nationen bisher am Einschreiten hinderte, sind unzulänglich formulierte Paragraphen, die es zulassen, Menschenrechtsverletzungen wie den Völkermord in Ruanda 1994 als »innere Angelegenheiten« eines Staates auszulegen<sup>38</sup>, aus denen sich die UN und andere Staaten herauszuhalten haben.

Hinter der Beibehaltung solch unzulänglicher Gesetze stehen sogenannte ›Staatsinteressen‹. Staatsinteressen als solche gibt es aber gar nicht. Im besten Fall sind die Interessen der Bürger eines Staates gemeint; im schlechtesten Fall die Interessen der Führer eines Staates, die sich mit ihrem ›Staat‹ identifizieren. Auf Staatsinteressen beruft man sich gewöhnlich, wenn man im Begriff ist, die eigenen Interessen höher zu bewerten als die der Bürger anderer Nationen.

Dieser Kern nationalistischen Denkens kann nur von einer weltweit gestreuten Gemeinschaft vernünftig Denkender überwunden werden, wie sie nun durch das Internet und durch Wiki-Projekte ermöglicht wird. Nur aus objektiver Sicht kann man alle Menschen als gleichwertig berücksichtigen. Und nur so kann man zu Lösungen kommen, die besser sind als die üblichen diplomatischen Kompromisse, bei denen die Interessen der verschiedenen Staaten in einem mehr oder minder versteckten Machtkampf ausgeglichen werden. Nur auf diese Weise kann man verhindern, dass die großen Machtblöcke wie die USA oder Europa sich gegenüber schwächeren Gruppen wie den afrikanischen Staaten ungerechtfertigte Vorteile verschaffen. Fragen der Globalisierung und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich sind aber zu kompliziert, um gerade an ihnen die neue, auf weltweite Partizipation setzende Problemlösungsmethode zu demonstrieren. Hierfür besser geeignet sind zwei Korrekturen an den Menschenrechten beziehungsweise an der Charta der Vereinten Nationen, die das hinderliche ›Prinzip der Nichteinmischung‹ in Fällen von Menschenrechtsverletzungen, ethnic cleansing und Völkermord außer Kraft setzen sollen.<sup>39</sup>

Hinter dem ›Prinzip der Nichteinmischung‹ der UN Charta, Artikel 2.7, steckt die hartnäckig verteidigte politische Leitidee der Souveränität der Staaten, die keine militärische Intervention zulässt, außer der betreffende Staat hätte den Weltfrieden gefährdet (Artikel 42). Die Arbeitsgruppen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, versuchen dieses Problem in alter philosophischer und juristischer Manier dadurch zu lösen, dass sie den Begriff ›Souveränität‹ neu definieren. Bei späteren Gesetzesdeutungen soll er dann ermöglichen, das Nichteinmischungsprinzip bei relativ machtlosen Staaten aufzuheben, ohne dass die mächtigen Staaten um ihre Souveränität bangen müssen.

Dieses hermeneutische Kunststück ist der Inhalt eines seit Dezember 2001 vorgeschlagenen, aber nicht verabschiedeten Regelwerkes *The Responsibility to Protect*<sup>40</sup>: Ein Staat, der seine Bürger vor Völkermord, ethnic cleansing und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht schützt, soll seine entsprechend umgedeutete Souveränität teilweise verloren haben<sup>41</sup>. Er muss daher mit einer UN-initiierten Intervention rechnen<sup>42</sup>.

Das Problem ist jedoch bisher: Die *General Assembly* der UN sieht nicht ein, dass der Begriff Souveränität seine eigene Einschränkung beinhalten soll. Kein Land und erst recht nicht große Staaten wie die USA und China möchten ihre volle Souveränität in irgendeiner Weise eingeschränkt sehen. Wir brauchen also andere Lösungen.

#### **14. ›Was alle angeht, können nur alle lösen‹**

Andere Lösungen sind denkbar. Was uns alle angeht, sollten wir alle zu lösen ver-

suchen. In diesem Fall können es nur alle lösen, weil wir von persönlichen und von Staatsinteressen absehen müssen, um zu einer neutralen und allen Beteiligten gerecht werdenden Lösung zu kommen. Sobald das Problem als ›Wiki‹ formuliert ist, ist prinzipiell niemand in der Welt aus dem sukzessiven Verbesserungsprozess ausgeschlossen. Natürlich auch die nicht, die fachlich kompetent sind oder kompetent in dem Sinne, dass sie bisher offiziell die für dieses Gebiet ›Zuständigen‹ waren.

Ein weltweit diskutierbarer Lösungsweg wäre, statt das heikle Souveränitätsprinzip zur Diskussion zu stellen, die Frage aufzuwerfen, ob man bei politischen Handlungen oder Unterlassungen die Gewalt in der Welt vermehren oder vermindern will. Unter ›Gewalt‹ sollen zunächst nur schwere Menschenrechtsverletzungen, ethnic cleansing und Völkermord verstanden werden. Da kaum jemand für eine Vermehrung der Gewalt in der Welt plädieren wird, sollte es möglich sein, jeden Staat auf ein *Prinzip der Gewaltminimierung* zu verpflichten.

Ein Änderungsantrag für die Charta der UN, gerichtet an die *General Assembly*, wäre dementsprechend: ›Jeder Staat verpflichtet sich, bei allen seinen Aktionen jeweils die Handlungs- und Unterlassungsalternative zu wählen oder entsprechende UN-Entscheidung zu akzeptieren, die die Gewalt in der Welt minimiert‹. Dabei wird ›Gewalt‹ im oben genannten, konkreten Sinn definiert.

Das Prinzip der weltweiten Gewaltminimierung funktioniert aber nur in Verbindung mit einem zweiten, ebenso einfachen und klaren Prinzip, das auf allgemeine Zustimmung hoffen darf: dem *Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen*.

Dieses Prinzip ist im Irakkrieg von 2003 nicht berücksichtigt worden, und daher liefert dieser Krieg ein praktisches Experiment, aus dem wir etwas lernen können, auch wenn kein vernünftiger Mensch absichtlich solche Experimente mit Menschen durchführen würde.

Wir haben erlebt, dass demokratische Staaten bereit sind, für die Amtsenthebung eines blutigen Diktators und für die Einführung von Demokratie einen Krieg mit Zehntausenden von Opfern zu führen. Denn so rechtfertigt man diesen Krieg nachträglich – und damit alle künftigen ähnlichen Kriege. Wir können nun prüfen, ob diese Rechtfertigung des Krieges haltbar ist.

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass der US-Kongress diesem Krieg oder seiner Finanzierung zugestimmt hätte, wenn ihm die Gesamtzahl der Opfer als Zahl der *amerikanischen* Opfer präsentiert worden wäre. Mit ziemlicher Sicherheit kann man sagen, dass ein solcher Krieg für mehr Demokratie dann nicht geführt worden wäre.

Das soll nicht heißen, dass die ›Amerikaner‹ einen moralischen Defekt hätten, den andere Völker nicht haben. Nirgendwo in der Welt sind wir heute bereit, die Menschen tatsächlich als 1:1 gleichwertig zu behandeln. Ähnlich wie die US-Amerikaner wären auch die Europäer nicht bereit, 8.000 Europäer zu opfern, um 800.000 Tutsi und Hutu in Ruanda zu retten; und zwar auch dann nicht, wenn das Ausmaß der Verbrechen im Voraus klar erkennbar wäre.

Kaum ein Politiker würde aber wagen, den Menschen verschiedener Nationen einen derart ungleichen Wert zuzumessen oder überhaupt von Ungleichwertigkeit zu sprechen. Doch heißt das noch nicht, dass er bereit wäre, die vage Forderung des § 1

der Menschenrechte, im Geist der Brüderlichkeit zu handeln, so zu interpretieren, wie vernünftige Menschen es angesichts von Toten unterschiedlicher Nationalität tun würden: Wenigstens im Tod sollten alle Menschen gleich sein und gleich gezählt werden. Aber dazu müsste die Gleichwertigkeit aller Menschen erst einmal klar in den Menschenrechten verankert sein.

Das Zählen der Toten nach dem Prinzip der Gleichwertigkeit der Menschen muss uns nicht befürchten lassen, dass mehr Europäer oder US-Amerikaner geopfert werden, um andere Menschenleben zu retten. Vielmehr würde der hohe Wert, den besonders Europäer und ›Amerikaner‹ dem Leben ihrer eigenen Landsleute zusprechen, dazu führen, viel intensiver als bisher dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Konflikte gar nicht erst ausbrechen. Man würde nicht umhin kommen, den anderen Menschen den gleichen *hohen* Wert zuzuschreiben. Und um diese positive, weltverändernde Wirkung von rechtlichen Regelwerken geht es hier.

Dazu müssen vernünftige Prinzipien vorgeschlagen, ihre Konsequenzen durchdacht und die Ergebnisse der *General Assembly* der UN unterbreitet werden, damit sie in die Charta der UN gelangen können.

Was die Akzeptanz des Prinzips der Gewaltminimierung betrifft, so wird, wer sich überhaupt auf eine Diskussion einlässt, nicht gerade ein Bekenntnis zur Vermehrung von Gewalt und Leid in der Welt ablegen wollen. Wenn er in diesem Argumentationsnotstand nicht umhin kommt, die rechtliche Bindung an das Prinzip der Gewaltminimierung zu akzeptieren, ist das Trojanische Pferd eingeschleust: das in bestimmten Fällen gut begründete Ende

des Prinzips der Nichteinmischung. Denn wer Gewaltminimierung unterschrieben hat, muss bei gewalttätigen Maßnahmen im Innern seines Staates mit dem militärischen Einschreiten aufgrund eines UN-Beschlusses rechnen, falls dadurch das Maß an freigesetzter Gewalt, über eine gewisse Dauer gesehen, insgesamt vermindert wird.

Vetostaaten können dann immer noch jede Problemlösung vereiteln. Würden sie aber bei der Kalkulation ihrer Staatsinteressen den Menschen des eigenen Staates niemals höheren Wert beimessen als anderen Menschen, so könnte man kaum etwas gegen ihr Vetorecht einwenden.

Die bisherige Diskussion um eine Einschränkung der Souveränität war unklug, weil jeder, der das Nichteinmischungsprinzip retten wollte, nur für die volle Souveränität aller Staaten plädieren musste. Er durfte mit viel Beifall rechnen. Verglichen damit ist die neue Argumentation erfolgversprechender: Kein UN-Mitglied und kein Sicherheitsratsmitglied würde öffentlich vertreten wollen, dass es vorhat, die Probleme in dieser Welt zu vermehren, das Leid zu vergrößern, mehr Gewalt als nötig freizusetzen oder den Menschen verschiedener Nationalität oder Ethnie ungleichen Wert zuzusprechen.

## **16. Schluss und Ausblick**

Die Utopie, die die Aufklärer mit ihrer *Encyclopédie* verfolgten, und Poppers Projekt der ›Selbstbefreiung durch Wissen‹<sup>43</sup> bedurften schon lange eines parallelen Projekts, nämlich das der ›Befreiung des Wissens‹. Wissen wird nun weltweit jedem zugänglich gemacht, und jeder kann von jedem Punkt der Welt aus das vorhandene Wissen verbessern und erweitern: Wikis befreien das Wissen.



Bisher wurden sie aber überwiegend nur zur weltweiten Sammlung und Bearbeitung von Wissen eingesetzt. Die hier vorgeschlagenen Regeln sollen einen Rahmen für Wikis liefern, um das weltweite Potential von Fachleuten und Ideenproduzenten für die Lösung drängender politisch-moralischer Probleme nutzen zu können. Als ›Spielregeln‹ entscheiden sie darüber, ob und in welcher Form tatsächlich die gewünschten Ergebnisse erzielt werden. Die Regeln, nicht bestimmte Teilnehmer steuern diesen spontanen Ordnungsprozess<sup>44</sup>, selbst die Administratoren tun das nicht, denn sie wachen nur über die Einhaltung der Spielregeln. Deshalb müssen die Regeln in einem Meta-Wiki kritisiert und verbessert werden; vor allem immer dann, wenn neue Erfahrungen vorliegen und die neuen politisch-moralischen Projekte auf spezifische Schwierigkeiten stoßen oder scheitern.

Zur Illustration wurden zwei Vorschläge zur offenen und objektiven Bearbeitung politisch-moralischer Probleme skizziert. Sie sollten, da sie uns alle angehen, jeweils als ›Wiki‹ behandelt und gemeinsam bearbeitet werden: (1) Ein völkerrechtlich wirksames *Prinzip der Gewaltminimierung* (2) Ein völkerrechtlich wirksames *Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen*.

Es gibt viele andere, naheliegende Kandidaten gemeinsamer Bearbeitung: Probleme der Globalisierung; das in den Menschenrechten verankerte, lebenslange Recht auf Arbeit<sup>45</sup>; die Europäische Verfassung. Schon die bloße Zusammenfassung des 485 Seiten langen Vertragsentwurfes der EU-Verfassung ist von großer politischer Bedeutung, weil sie zur Diskussion anregt und diese erleichtert. Sie liegt bereits in der Wikipedia vor.

Nun steht die Diskussion strittiger Punkte an. Und dabei wird sich wie bei jeder anderen politisch-moralischen Diskussion zeigen, ob es sinnvoll ist, Regeln zu verwenden, die sich auf die Werte stützen, denen kritische Rationalisten eine neue zeitgemäße Bedeutung gegeben haben: Vernunft, Objektivität, Realismus, Wahrheit und Klarheit.

## Literatur

Albert (1968): H. Albert, *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen (Mohr Siebeck) 1968, 5. Aufl. 1991.

Dürrenmatt (1962): F. Dürrenmatt, *Die Physiker*, Zürich (Arche) 1962.

Fiebig (2005): *Wikipedia – Das Buch*, zusammengestellt von Henriette Fiebig, Wiki Press 1 und Zenodot Verlagsgesellschaft, Berlin 2005.

Hayek (1980): F. von Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. I: *Regeln und Ordnung*, München 1980.

Hayek (1981): F. von Hayek, *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. III: *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, München 1981.

Niemann (1993): H. J. Niemann, *Die Strategie der Vernunft. Rationalität in Erkenntnis, Moral und Metaphysik*, Braunschweig (Vieweg) 1993.

Niemann (2004): H. J. Niemann, *Lexikon des Kritischen Rationalismus*, Tübingen (Mohr Siebeck) 2004.

Popper (1935): K. R. Popper, *Die Logik der Forschung*, Tübingen (Mohr Siebeck), 11. Aufl. 2005.

Popper (1958): K. R. Popper, RIAS Rundfunkvortrag 1957, veröffentlicht unter dem Titel ›Über die Stellung der Erfahrungswissenschaft und der Metaphysik‹ in *Ratio* (Frankfurt/M.) 1 (1957-58), S. 1-16; jetzt in K. R. Popper, *Lesebuch*, Tübingen

gen (Mohr Siebeck) 2000, Teil III, Abschn. 16 ›Metaphysik und Kritisierbarkeit‹; auch in Popper (1963), Kap. 8, Abschn. 2.

Popper (1963): K. R. Popper, *Vermutungen und Wiederlegungen*, Tübingen (Mohr Siebeck), 1994.

Popper (1972): K. R. Popper, *Objektive Erkenntnis*, Hamburg (Hoffmann und Campe), 1995.

Popper (1984): K. R. Popper, *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, München-Zürich (Piper) 1984.

Popper (1994): K. R. Popper, *Alles Leben ist Problemlösen*, München-Zürich (Piper) 1994.

R2P (2001): *The Responsibility to Protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty*, Ottawa (Ontario), International Development Research Centre 2001.

Sokal (1997): A. Sokal und H. Bricmont, *Eleganter Unsinn*, München (C. H. Beck) dt. 1999.

### Anmerkungen:

<sup>1</sup> <http://philo.at/mailman/listinfo/philweb>; s. a. H. J. Niemann, ›Philweb – ein neues philosophisches Diskussionsforum im Internet‹, *Information Philosophie* 3 (1998) S. 76-77.

<sup>2</sup> H. J. Niemann, ›Lernende Systeme‹, [www.kritischer-rationalismus.de](http://www.kritischer-rationalismus.de) (Menü), Januar 1998.

<sup>3</sup> ›Lernende Systeme‹ erreichte bei *google* Platz Eins unter 11300 Fundstellen und damit einen hohen Relevanzwert (am 12. 12. 05.). Das *google*-Bewertungssystem ist so verschlüsselt, dass niemand die Rangliste manipulieren kann.

<sup>4</sup> Diese Idee und viele der folgenden Ideen gehen zurück auf von Hayeks Lehre von den spontanen Ordnungen, s. Hayek (1980), Kap. I und II.

<sup>5</sup> Fiebig (2005), S. 50.

<sup>6</sup> Die Ideen und Vorarbeiten dazu gehen bis ins Jahr 1993 zurück; siehe dazu Fiebig (2005), S. 18-27.

<sup>7</sup> *Nature* 438, 900-901 (15th Dec. 2005)

<sup>8</sup> *ibid.*

<sup>9</sup> Popper (1972).

<sup>10</sup> Zitiert in Popper (1972), Kap. 6, Abschn. 21.

<sup>11</sup> Popper (1994).

<sup>12</sup> Fiebig (2005), S. 1.

<sup>13</sup> Das war lange Zeit nicht so, siehe den Rückblick auf die tonangebende französische Avantgarde der 90er Jahre in Sokal (1997).

<sup>14</sup> Siehe Richard Rorty, Thomas S. Kuhn, Paul Feyerabend und die vielen Vertreter der sogenannten Postmoderne, des Poststrukturalismus und des ›radikalen Konstruktivismus‹, zu dem sich auch deutsche Wissenschaftler bekannt haben. Siehe auch Sokal (1997).

<sup>15</sup> Popper (1935), Abschn. 85; Popper (1963), Einl. und Kap. 1; Popper (1984), Abschn. 2 und 3.

<sup>16</sup> Fiebig (2005), S. 35; vergleiche dazu die Wikipedia-Einträge ›Urknall‹ und ›Kreationismus‹.

<sup>17</sup> *ibid.*, S. 33f., siehe auch S. 40, 66, 85.

<sup>18</sup> *ibid.*, S. 51, 67, 74, 96, 133, 152.

<sup>19</sup> Die Sprachverdunklung und der Irrationalismus jener Zeit wurden am Beispiel französischer Denker sehr gut analysiert in: Sokal (1997).

<sup>20</sup> Fiebig (2005), S. 9. Auf S. 84 wird eingeräumt, dass nicht das ›gesamte Wissen der Welt‹ lexikalisch relevant ist. Die dortigen Hinweise, wie und was man auswählen sollte, sind allerdings nicht sehr konkret.

<sup>21</sup> Ein *terminus technicus*, an dem Popper lange gearbeitet hat. Die Entscheidung, was als ›bewährt‹ oder ›nicht bewährt‹ gelten soll, fällen die Wissenschaftler, aber man sollte auch als ›Reporter des Wissens‹ darüber Kenntnisse haben. Siehe dazu z. B. Popper (1935), Kap. X.

<sup>22</sup> *Cum grano salis* zu lesen. Diese Regel funktioniert ›wohlverstanden‹ nur für Lehrbuchtheorien, nicht für die *neueste* Forschung.

<sup>23</sup> Siehe ›Gewissheit‹ und ›Sicherheit‹ in Niemann (2004) und die dort angegebene Literatur.

<sup>24</sup> Fiebig (2005), S. 23.

<sup>25</sup> Eine Liste der aktuellen Wikis unter [http://en.wikipedia.org/wiki/List\\_of\\_wikis](http://en.wikipedia.org/wiki/List_of_wikis).

<sup>26</sup> *ibid.*

<sup>27</sup> Siehe die unabdingbare Forderung eines ›neutral point of view‹, abgekürzt NPOV, in Fiebig (2005), S. 33 f.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Poppers Theorie des kritisierbaren Standpunkts in Popper (1994), Kap. 8.

<sup>29</sup> Fiebig (2005), S. 81 f.

<sup>30</sup> Dass Mehrheitsentscheidungen mit optimalen Lösungen verwechselt werden, hatte von Hayek scharf kritisiert in: Hayek (1981), Kap. XII.

<sup>31</sup> Abschn. 12, Punkt 6; und Niemann (1993), Kap. III.

<sup>32</sup> Popper (1958).

<sup>33</sup> Z. B. Popper (1935), Popper (1963), Popper (1972), Albert (1968).

<sup>34</sup> Siehe Niemann (1993), Kap. III, und ders., ›Wie objektiv kann Ethik sein?‹, *Aufklärung und Kritik*, Sonderheft 5 (2001), S. 23-41.

<sup>35</sup> Siehe hierzu die Albertschen Brückenprinzipien (Albert (1968), Abschn. 12.), die trotz Humes Verdikt (siehe diesen Aufsatz Abschn. 8) eine Brücke zwischen der Welt des Seins und der Welt des Sollens insofern herstellen, als ethische Forderungen sich an der Realität und an den Ergebnissen der Wissenschaften orientieren müssen.

<sup>36</sup> Sobald sie unter der MediaWiki software im Internet erschienen sind.

<sup>37</sup> Dürrenmatt (1962), Anhang ›21 Punkte zu den Physikern‹, Punkt 17.

<sup>38</sup> »Matters which are essentially within the domestic jurisdiction of any state«, UN Charta (1945), Artikel 2.7.

<sup>39</sup> Das Folgende ist ausführlicher behandelt in H. J. Niemann, ›Über die Grenzen der Toleranz und 'objektive Toleranz' als Instrument der Gewaltminimierung‹; erscheint 2006 in der Festschrift für Hans Albert anlässlich seines 85. Geburtstages (Hrsg. Eric Hilgendorf).

<sup>40</sup> Die von der *International Commission on Intervention and State Sovereignty* erarbeiteten Interventionsregeln in R2P (2001).

<sup>41</sup> »State sovereignty implies responsibility, and the primary responsibility for the protection of its people lies with the state itself«, R2P (2001), Synopsis, *Core Principles* (1) A.

<sup>42</sup> »Where a population is suffering serious harm, as a result of internal war, insurgency, repression or state failure, and the state in question is unwilling or unable to halt or avert it, the principle of non-intervention yields to the international responsibility to protect«, R2P (2001), Synopsis, *Core Principles* (1) B.

<sup>43</sup> Popper (1984), Abschn. 10.

<sup>44</sup> Regeln können in einem geeigneten System

›spontane Ordnungen‹ bilden, das sind ungeplante und unplanbare, aber unter Umständen sehr nützliche Ergebnisse, je nachdem, wie die Regeln beschaffen sind; siehe dazu Hayek (1980), Kap. II.

<sup>45</sup> Menschenrechte von 1948, § 23 (1); ›lebenslang‹, weil keine Einschränkung gemacht wird.